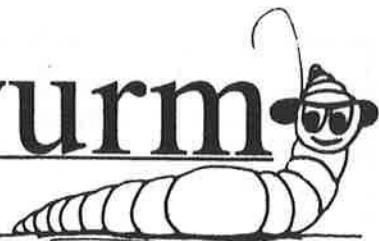


Finsinger Ohrwurm



Informationen, Meinungen und Kommentare

von Ihrem

April '93

SPD-Ortsverein

Auflage: 800

Gewerbegebiet um jeden Preis?

Ist ein Gewerbegebiet in der Gemeinde Finsing sinnvoll oder gar notwendig? Und kann dieses unter annehmbaren Bedingungen verwirklicht werden?

Dies sind die zwei Fragen die mit gutem Gewissen erst einmal beantwortet werden sollten bevor es zu einer Entscheidung über die Festlegung eines Gewerbegebietes kommen kann.

Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen gerade mit dem Ziel die Zahl der Auspendler zu reduzieren, ist erstrebenswert und deshalb zu befürworten.

Da bereits Zentren wie Pöng, Markt Schwaben, Kirchheim sowie Gemeinden in mittelbarer Nähe zum Großflughafen mit Gewerbeansiedlungen stark expandieren erscheint es fraglich, ob es einen Sinn gibt, wenn sich nun kleinere Gemeinden in der Nähe dieser Zentren ohne Not nun auch so expansiv verhalten.

Wir stimmen einem Gewerbegebiet nur dann zu, wenn sich die geschaffenen Arbeitsplätze in einem vernünftigen Verhältnis zum Flächenverbrauch rechnen, Umweltbelastungen wie z.B. erhöhtes Verkehrsaufkommen, Emissionen durch Fertigungsbetriebe und sonstige Beeinträchtigungen in engen Grenzen halten und die Anlieger durch den Betrieb des Gewerbegebietes keine Nachteile erleiden.

Das im Flächennutzungsplan ausgewiesene Gewerbegebiet umfaßt 5,7 ha (siehe Skizze) und wäre der Größe nach, auch gemessen am momentanen Bedarf an Gewerbeflächen, völlig ausreichend.

Die Firma Isarkies aus Wörth bei Landshut hat die vorgenannte Fläche bereits aufgekauft, mit der Absicht, dort ein Gewerbegebiet zu errichten. Gleichzeitig haben sich die Käufer für weitere ca. 100.000 qm ein Optionsrecht erworben (siehe Skizze).

Dies geschah zur selben Zeit als die Fläche in den Flächennutzungsplan aufgenommen wurde. Nach Beteuerung aller maßgeblichen Beteiligten wurden zu keiner Zeit irgendwelche Zusagen seitens der Gemeinde an die Grundstückserwerber im Hinblick auf die Baureifmachung gegeben, auch nicht von Ex-Bürgermeister Buchmann, wie dieser erst vor kurzem wieder deutlich gemacht hat.

Die Verkehrserschließung

Die Verkehrserschließung entscheidet letztendlich über die Realisierung des Gewerbegebietes.

Um die Anwohner nicht durch den Gewerbeverkehr zu belasten, ist man sich im Gemeinderat darüber einig, daß die Verkehrserschließung nicht über Herd-

und Föhrenweg zur Erdinger Straße führen darf, sondern über den Kanal erfolgen muß. Dazu gibt es nur zwei Möglichkeiten:

a) *die Erschließung über die Brücke am Klärwerk und*

b) *der Bau einer neuen Brücke.*

Erstere Möglichkeit wird von der Isar-Kies wegen der Länge der auszubauenden Wege und der geringen Belastbarkeit der Brücke abgelehnt.

Nach Ansicht der Betreiberfirma müßte eine neue Brücke gebaut werden, die nach deren unverbindlichen Schätzung 2,5 - 3,0 Mio.DM kosten wird.

Der gewollte Sachzwang

Damit, so folgert die Fa.Isarkies messerscharf, muß das Gewerbegebiet wesentlich größer als die ursprünglich vorgesehenen 57.000 qm werden, da allein durch den Brückenbau Erschließungskosten von 60.-bis 70.-DM/qm anfallen (bei Abzug von ca.25% Erschließungsfläche), während sich dieser Kostenanteil bei einer Fläche von insgesamt 150.000qm auf 22.- bis 26.-DM/qm verringern ließe.

Verständlich, daß die Herren so argumentieren!

Aber die Probleme der Fa.Isarkies können nicht Entscheidungsgrundlage der Gemeinde Finsing sein.

Diese Firma hat aus völlig freien Stücken, und wie man hört zu saftigen Preisen, Ackerland gekauft, ohne jegliche Zusagen der Gemeinde. Und nun sollte der Gemeinderat berücksichtigen, daß bei dem hohen Kaufpreis plus Erschließungskosten (Brücken-neubau/anderweitige Erschließungen) ein zu hoher Gesamtpreis entsteht.

Diese Grundstücksspekulation darf nicht zum Entscheidungszwang führen: entweder großes Gewerbegebiet oder kein Gewerbegebiet.

Doch es hat den Eindruck, daß dieser Sachzwang bewußt von Seiten der Grundstücks-spekulanten hergestellt werden sollte.

Die unterwürfige Entscheidung des Gemeinderates

Nachdem der Gemeinderat die ganze Problematik in einigen Sitzungen besprochen hatte, an der Herr Meierlohr von der Fa.Isarkies dazu insgesamt dreimal gehört wurde, faßte der Gemeinderat am 15.Feb.1993 folgenden Beschluß:

Der Gemeinderat beschließt, das im Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet bereits ausgewiesene Areal von ca.57.000 qm um eine Fläche von weiteren 100.000 qm, die zwischen Umspannwerk und Klärwerk liegt, und für die die Fa.Isarkies ein Optionsrecht hat, zu erweitern und als Gewerbegebiet sowie teilweise als Industriegebiet auszuweisen. Die Ausweisung erfolgt nur, wenn sich die Fa.Isarkies verpflichtet, für die Erschließung dieses Gewerbe- bzw. Industriegebiets auf ihre Kosten eine neue Brücke über den Isarkanal zu errichten und die Erschließung dieses Gewerbe- und Industriegebietes über diese Brücke zur Staatsstraße 2082 erfolgt.

Die Fa.Isarkies ist verpflichtet, 5 % der Nettofläche dieses Gewerbegebietes an die Gemeinde Finsing kostenlos abzutreten. Die Fa.Isarkies übernimmt die komplette Erschließung einschließlich der Herstellung der Wasserversorgungsleitungen in diesem Gebiet.

Die Vergabe der Grundstücke an die jeweiligen Firmen durch die Isarkies GmbH & Co.KG bedarf der Zustimmung des Gemeinderates.

Dieser Beschluß wurde äußerst knapp mit 7:6 Stimmen gefaßt (zwei Gemeinderäte fehlten bei der Abstimmung) und ist vor dem Hintergrund der in der selben Sitzung gemachten folgenden Äußerungen des Herrn

Klagegemeinschaft gegen Müll- gebühren-Satzung!

Wer die ungerechten und ökologisch unsinnigen Müllgebühren bei Nichtbenutzung der Bio-Tonne nicht hinnehmen wollte, dem war laut Gebührenbescheid des Landratsamtes (siehe Rechtsbehelfsbelehrung) die Möglichkeit gegeben dagegen Widerspruch einzulegen. Dies haben einige Bürger auch getan, mit dem Erfolg, daß das Landratsamt die Widersprüche ohne weitere Kommentare an die Regierung von Oberbayern zur kostenpflichtigen Zurückweisung weitergegeben hat.

Die Regierung von Obb. hat die Widersprüche auch geprüft und wie vom Landratsamt vorhergesagt! zurückgewiesen und verlangt dafür insgesamt 84.-DM.

Der Verdacht drängt sich auf, daß mit diesen Vorgehen sämtliche "Querulanten" eingeschüchtert werden sollen.

Wir werden jedoch auf alle Fälle, zusammen mit dem SPD-Kreisverband und möglichst vielen Musterklägern, Klage vor dem Verwaltungsgericht erheben.

Da im Falle einer Nichtbenutzung der Bio-Tonne eine öffentliche Einrichtung überhaupt nicht in Anspruch genommen wird und andererseits auf jeden Fall bei der zentralen Kompostieranlage in Gaden auch Kosten eingespart werden, sind die Aussichten vor dem Verwaltungsgericht, nach Auffassung von Fachleuten, als

sehr günstig anzusehen.

Ein gerichtlicher Erfolg käme also den Zielen des Abfallwirtschaftsgesetzes entgegen und würde durch die zu erzielende Kosteneinsparung keineswegs eine Gebührenerhöhung für die Benutzer der Bio-Tonne bedeuten.

Landrat Bauer hat neulich geäußert (Zitat Münchner Merkur vom 11.2.93): "Wie's geldmäßig aussieht, könnte ich mir für 1994 eine Gebührenrückerstattung vorstellen für diejenigen, die sich von der Bio-Tonne freistellen ließen." Er denke schon länger darüber nach, dem Kreistag einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. "Das wäre allerdings eine rein politische Entscheidung" so Bauer.

Unser Kommentar: Der Landrat denkt und denkt und denkt und denkt.....

Die Äußerungen des Landrats zeigen, daß er in Sachen Bio-Tonne mit einer Niederlage vor dem Verwaltungsgericht rechnet. Er hält es aber nicht für nötig, die betroffenen Bürger und Bürgerinnen über die Kosten der Zurückweisung zu informieren.

Angesichts der Widersprüche gerade gegen die Biotonne und deren kostenpflichtiger Zurückweisung zeugt diese Äußerung von einer Arroganz, Ignoranz und Impertinenz, die ihresgleichen sucht.

Was bürdet der Kultusminister und CSU- Kreissvorsitzende seinem eigenen Wahlkreis auf?

In Garching soll ein neuer Atomreaktor (Forschungsreaktor München II), mit 4-facher Leistung und 50-zigfacher Neutronenstrahlung gegenüber dem bisherigen Forschungsreaktor, errichtet werden.

Das Raumordnungsverfahren dazu läuft gerade.

Der zuständige Fachminister im bayerischen Kabinett ist ausgerechnet der Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Erding, Hans Zehetmair.

Die Einwendungen der Naturschützer, bezüglich der Sicherheitsrisiken des wesentlich komplexer werdenden

Forschungsreaktors, wertete der Minister als "Horrorgemälde". Dabei mutet er den Gemeinden eine Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren zu, ohne daß diese einen Sicherheitsbericht vorgelegt bekommen; d.h. die Gemeinden sollen darüber entscheiden, ohne die möglichen Sicherheitsrisiken zu kennen!!

Wenigstens sind sich diesmal die Stadt München und die sogenannte "Nordallianz" einig, ein solches Verfahren strikt abzulehnen.

Hoffentlich können sich auch die im Landkreis Erding betroffenen Gemeinden dazu durchringen.

Lebensgrundlage Wasser

Die UNO hat den 22. März zum "Weltwassertag" ausgerufen. Damit soll insbesondere vor den Folgen der Verschwendung des kostbaren Lebenselements in den westlichen Industriestaaten gewarnt werden.

Der sparsame Umgang, sowie der Schutz unserer Wasserreserven sei eines der vordringlichsten Weltprobleme unserer Tage, so argumentiert die UNO.

Und in der Tat, die als Lebensmittel genießbaren Wasserreserven gehen in vielen Erdregionen zur Neige. Sogar in manchen deutschen Gegenden, wie z.B. im Raume Stuttgart, wird die Versorgung mit Trinkwasser immer schwieriger.

In unserer Umgebung, im Süden Bayerns, haben wir auf absehbare Zeit noch genügend Grundwasservorkommen. Doch haben wir jetzt schon deutliche Probleme mit einer zunehmenden Vergiftung des Grundwassers.

Bei uns gefährden Nitrate und Pestizide unsere Lebensgrundlage Wasser.

Kein Wunder, innerhalb von 10 Jahren, von 1960 - 1970, schnellte der durchschnittliche jährliche Düngemittelverbrauch von 367 kg/ha auf 506 kg/ha hoch. 1980 waren es dann 633 kg, vor fünf Jahren lag die Zahl bei 642 kg.

Ebenso verhält es sich mit den Pestiziden, den sogenannten Pflanzenschutzmitteln: 0,7 kg/ha jährlich verspritzten die Landwirte im Auftrag der EG 1960, zehn Jahre später hatte sich die Zahl verdoppelt, 1980 lag sie mehr als dreimal so hoch (2,7 kg/ha) als im Jahre 1960.

Inzwischen ist diese Zahl leicht rückläufig. Die chemische Industrie hat dabei glänzend verdient.

Die EG hat sich damit einen Mehrertrag von 17 Doppelzentnern Getreide pro Hektar erkaufte.

Diese Überproduktion trieb die EG an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Und die Landwirte mußten mitbüßen: die Preise für Feldfrüchte und Fleisch sanken in den Keller.

Wie reagiert die Natur?

Über Jahre sammelten sich Nitrate und Pestizide im Boden an.

Noch können Bodenkeime Nitrate abbauen, deren eigene Lebensdauer wird aber durch das Nitrat angegriffen.

Das Schlimmste kommt, nach Meinung von Fachleuten, erst, wenn die Bodenkeime keine Lebensgrundlage mehr haben und absterben. Dann schlagen die Nitrate voll durch den Boden ins Grundwasser.

Auch ohne diesen schlimmsten Fall ist der Höhepunkt der Nitratbelastung im Trinkwasser noch nicht erreicht. Denn nur langsam gibt die Erde ihre Nitratfracht ab.

Umdenken ist notwendig!

Wenn wir wollen, daß wir unseren Nachfahren nicht immer noch größere Umweltvergiftungen aufhalsen, muß rasch gehandelt werden.

Ein gemeindliches Trinkwasser-Sanierungskonzept, auch im Verbund mit anderen Gemeinden, muß jetzt zügig erstellt und auch konsequent durchgeführt werden.

Darüber hinaus ist die Einführung einer progressiv ansteigenden Stickstoff- und Pflanzenschutzmittelsteuer zu fordern.

Unbedingt verboten werden müßte die Ausbringung von Klärschlamm auf die Felder.

Die Verfasser der neuen Klärschlammverordnung geben selber zu, nicht zu wissen, wie sich hochgiftige Stoffe im Klärschlamm (z.B. auch Dioxine) langfristig verhalten.

Sogar der Bayerische Bauernverband warnt vor dem Einsatz von Klärschlamm!

Aber solange leider immer noch die Klärschlammabfuhrung aus öffentlichen Mitteln subventioniert wird, ist es für manchen Landwirt eben ein glänzendes Geschäft.



Keine Frage, die begrenzte Ausbringung von Klärschlamm ist immer noch gesetzlich, aber ist sie auch moralisch vertretbar?

Meierlohr umso unverständlicher:

☛ das ganze Gebiet soll innerhalb weniger Jahre bebaut werden

☛ es soll sowohl Gewerbe- als auch Industriegebiet beinhalten

Obiger Beschluß stellt ein 100 %-iges Entgegenkommen an die Fa. Isarkies dar und gibt bereits am Anfang des Verfahrens die Zielsetzung eines "umweltfreundlichen Gewerbegebietes" durch die Ausweisung als "Gewerbe- und Industriegebietes" auf.

Denn ein Industriegebiet darf laut Definition (siehe §8 BauNVo) auch erheblich belästigende Betriebe beinhalten.

Auch Wohnbebauung ist vorgesehen

Obwohl nach Bekunden der Fa. Isarkies auch eine Wohnbebauung, in der Größenordnung von ca. 20.000 qm allgemeiner Wohnbebauung

(zur großzügigen Abrundung zum Ort hin mit anschließendem Mischgebiet sowie Gewerbe- und Industriegebiet zum Klärwerk hin) vorgesehen ist, wurden hier keine Einschränkungen vorgenommen.

Oder sollen die im Planungsziel der Fa. Isarkies enthaltenen 20.000 qm allgemeine Wohnbebauung mit folgendem Mischgebiet das Problem mit der "Harmonisierungsklausel" deutlich in deren Sinne entschärfen?

Die Harmonisierungsklausel bedeutet, daß in Zukunft nur noch Gewerbegebiet ausgewiesen werden darf, wenn gleichzeitig die doppelte Fläche der Gewerbegebietsgröße als Wohnbebauung ausgewiesen wird.

Wenn die Aussage von Herrn Räßle (Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München)

stimmt, daß die Harmonisierungsklausel durch einen Erlaß des Regierungspräsidenten praktisch schon angewandt wird, dann müßte die Gemeinde Finsing noch 30 ha zusätzlich an Wohnbebauungsfläche ausweisen. Diese Fläche entspräche dem 7-fachen der Größe des Bebauungsgebietes Ziegler-/Lärchenweg!

Deshalb:

Korrekturen sind zwingend notwendig!

Das Vorhaben "Gewerbegebiet" ist jetzt an einem Punkt angelangt, wo dringend Korrekturen zur momentanen Entscheidungslage angebracht sind.

Keinesfalls darf zugelassen werden, daß die Planungshoheit der Gemeinde durch Grundstücksspekulanten ausgehöhlt wird.

Auch darf es den Mitgliedern des Gemeinderates nicht alleine überlassen bleiben, (welche letztendlich verbrachte Planungssünden nicht verantworten, geschweige denn ertragen müssen) ohne Anhörung der Bürgerschaft von Neufinsing über so tiefgreifende Ortsveränderungen zu entscheiden.

Wir meinen, daß dies zunächst am besten durch die intensive Beteiligung der Bürger, und zwar in Form einer außerordentlichen Bürgerversammlung geschehen sollte.

Impressum: Finsinger Ohrwurm

Herausgeber: SPD-Ortsverein Finsing

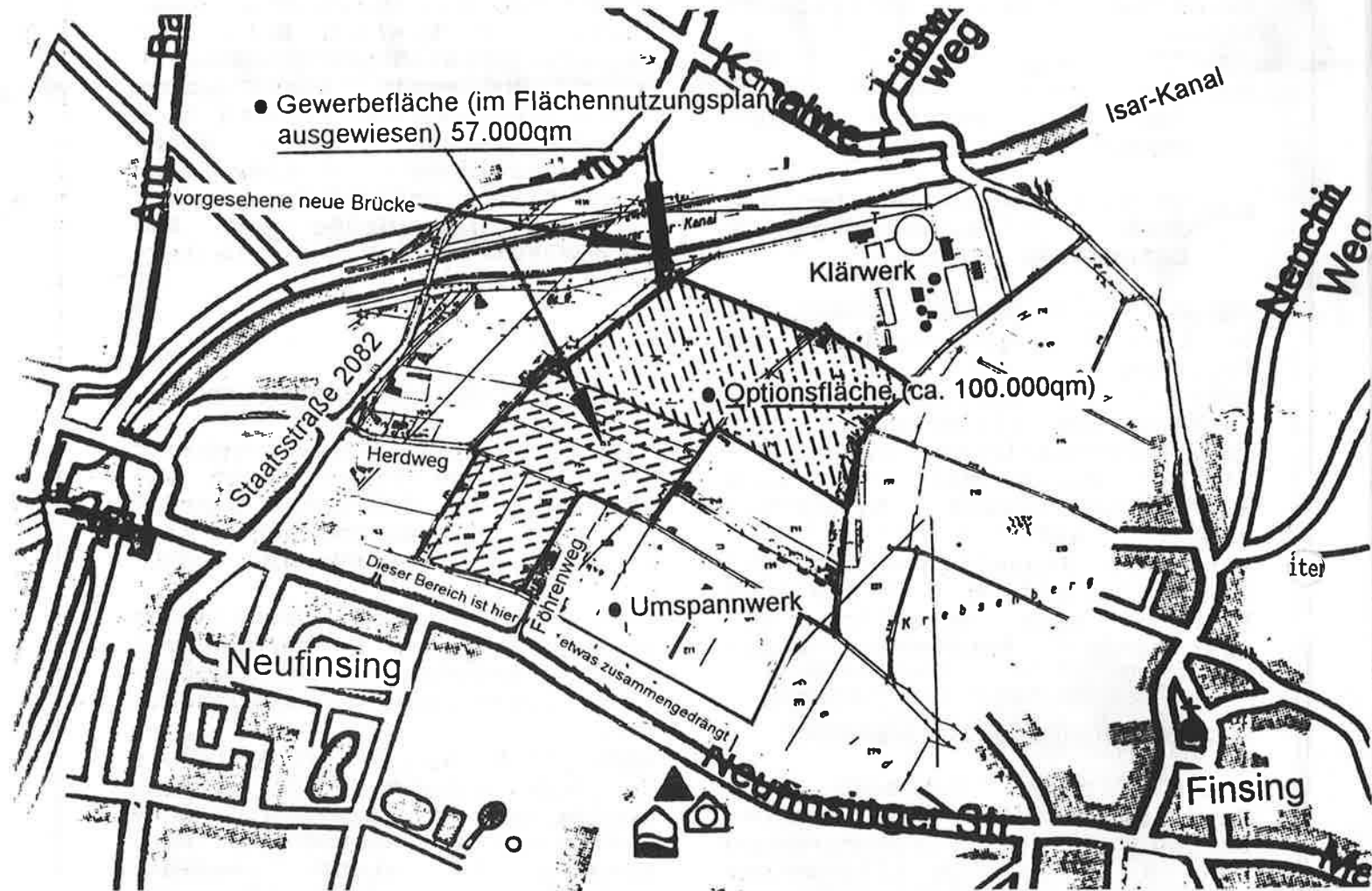
Presserechtlich verantwortlich: Georg Gartner, Seestraße 44, 8059 Neufinsing

Mitarbeiter: Georg Gartner, Hans Weeber

Druck: SPD-Landesverband, 8000 München

Lage des vorgesehenen Gewerbe- und Industriegebietes

(Darstellung ist nicht exakt maßstäblich)



insgesamt würde dadurch, bei Berücksichtigung von Klärwerk und Umspannwerk samt Vorbehaltsflächen, ein gewerblich genutzter Bereich von annähernd 400.000qm entstehen

Letzte Meldung:

Außerordentliche Bürgerversammlung muß abgehalten werden!

In der Zwischenzeit haben, aufgrund einer vom SPD-Ortsverein durchgeführten Unterschriftensammlung über 5% der wahlberechtigten Bürger die Abhaltung einer außerordentlichen Bürgerversammlung gefordert.

Der Bürgermeister ist damit verpflichtet innerhalb von 3 Monaten eine Bürgerversammlung zum Thema "Gewerbegebiet" einzuberufen.

Nutzen Sie diese Gelegenheit um Ihre Bedenken und Einwendungen gegen die derzeitige Planung des "Gewerbe- und Industriegebietes" vorzubringen.

Noch ist nichts verloren und es bestehen noch keinerlei Verpflichtungen gegenüber der Fa. Isarkies.

Aber es ist allemal besser, Fehlplanungen in der vorgesehenen Größe -mitsamt Industriegebiet- bereits im Keim zu ersticken, als im Nachhinein die Verhinderung der schlimmsten Auswirkungen scheinbarweise abtrotzen zu müssen.

Umwelttag der Gemeinde Finsing!

Am Freitag den 8. Mai soll der Wertstoffhof der Gemeinde Finsing feierlich eröffnet werden.

Die Eröffnung soll mit einem Umwelttag verbunden werden.

Für Samstag den 9. Mai ist das große "Rama dama" angesagt.

Die genauen Termine sowie das Programm, bitten wir dem Amts- und Mitteilungsblatt zu entnehmen.

Lassen Sie sich informieren, was, wann und wie im Wertstoffhof (andere sagen auch "Recyclinghof") abgeliefert werden kann.